



Thaler Komitee NEIN zur 81-Millionen-Luxusstrasse

Medienmitteilung vom 23. April 2021

Mit Steuergeldern bezahlte Abstimmungspropaganda: Thaler Komitee reicht beim Verwaltungsgericht Abstimmungsbeschwerde ein

Mehrere Gemeinden greifen in die Steuercasse, um die Abstimmungspropaganda der Umfahrbefürworter zu finanzieren. Das «Thaler Komitee NEIN zur überrissenen 81-Millionen-Luxusstrasse» ist empört über diese Machenschaften und reicht beim Verwaltungsgericht eine Abstimmungsbeschwerde ein. Ein fairer Abstimmungskampf zur Umfahrung Klus ist nicht möglich, wenn eines der Komitees einseitig mit Steuergeldern finanziert wird. Das Komitee fordert das Verwaltungsgericht auf, solche Zahlungen umgehend zu stoppen.

Am 13. April wurde das Referendum gegen die Umfahrung mit 2324 Unterschriften eingereicht. Mehr als die Hälfte der benötigten 1500 Unterschriften stammt aus dem Thal. Trotzdem haben die Gemeinderäte der Thaler Gemeinden Aedermannsdorf, Holderbank, Herbetswil, Mümliswil-Ramiswil und Welschenrohr-Gänsbrunnen beschlossen, die Abstimmungspropaganda der Umfahrungslobby mit Steuergeldern zu finanzieren. Dem Komitee Pro Verkehrsanbindung Thal werden je 1000 Steuerfranken überwiesen. Von Seiten der Gemeinde Welschenrohr-Gänsbrunnen 2000 Franken und von der Gemeinde Mümliswil-Ramiswil 2800 Franken. Damit wird die gebotene Zurückhaltung staatlicher Stellen deutlich verletzt. Das «Thaler Komitee NEIN zur überrissenen 81-Millionen-Luxusstrasse» gelangt deshalb mit einer Abstimmungsbeschwerde an das Verwaltungsgericht, um die unzulässige Einmischung in den Abstimmungskampf sofort zu stoppen.

Empörend und demokratiefeindlich

Die hohe Anzahl der Unterschriften aus dem Thal zeigt, dass die Meinung der örtlichen Bevölkerung gespalten ist. Es lässt Fingerspitzengefühl vermissen und ist rechtlich problematisch, wenn alle Kritiker der Umfahrung Klus mittels ihrer Steuern die Abstimmungswerbung der Umfahrbefürworter mitbezahlen müssen. Christine Rütli, SVP-Kantonsrätin und Mitglied beim «Thaler Komitee NEIN zur überrissenen 81-Millionen-Luxusstrasse» ist bestürzt über diese Machenschaften: «Es ist empörend, dass Gemeinderäte sich für eine demokratische Auseinandersetzung zu Propagandazwecken aus der Steuercasse bedienen». Die staatlichen Stellen müssten sich in Abstimmungskämpfen zurückhalten. Steuergelder für Abstimmungswerbung einzusetzen ist fragwürdig und es sei eine Missachtung der demokratischen Spielregeln. «Es geht nicht an, dass sich Vertreter von staatlichen Stellen nach Belieben über unsere demokratischen Spielregeln hinwegsetzen und Gemeindecassen für Abstimmungspropaganda missbrauchen», sagt Christine Rütli.

Eigengoal der Gemeinden

Eine Gemeinde darf gemäss Bundesgerichtsentscheiden nur finanzielle Beiträge leisten, wenn sie vom Entscheid stark betroffen ist und wenn ein höherer Grad an Objektivität, Transparenz und Sachlichkeit als von privaten politischen Gruppierungen gegeben ist. Beides ist nicht der Fall: Die meisten Thaler Gemeinden sind von der Abstimmungsvorlage nicht übermässig betroffen. Gemäss Regierungsrat würde sich mit der Umfahrung Klus die Fahrzeit zu den abendlichen Pendlerspitzen nur um 4,5 Minuten verkürzen – das genügt nicht als Grund, um solch massiven Eingriffe in demokratische Prozesse zu legitimieren. Gleichzeitig besteht auch die Befürchtung, dass die

Umfahrung mehr Verkehr und mehr LKW-Transit durchs Thal verursacht. Ein solcher Mitteleinsatz stünde damit sogar den eigenen Interessen entgegen. Es könnte also ein Eigengol für die Gemeinden sein, wenn sie finanziell in den Abstimmungskampf eingreifen.

Fairplay gefordert

«Wir hoffen, dass diese Zahlungen aus Gemeindekassen sofort gestoppt werden», fordert Fabian Müller, Alt-Kantonsrat SP und Mitglied beim «Thaler Komitee NEIN zur überrissenen 81-Millionen-Luxusstrasse». «Nur so ist eine faire und demokratische Abstimmung möglich.» Das «Thaler Komitee NEIN zur überrissenen 81-Millionen-Luxusstrasse» fordert das Pro-Komitee auf, sich auf Fairplay zu verpflichten, ihre Zahlungen von Gemeinden offenzulegen und keine Steuergelder für die Abstimmungspropaganda anzunehmen.

Christine Rütli, Kantonsrätin SVP, christine.ruetti@hotmail.com, 079 717 66 76

Fabian Müller, Alt-Kantonsrat SP, fabian.mueller@ggs.ch, 076 514 91 00

«Thaler Komitee NEIN zur 81-Millionen-Luxusstrasse», www.verkehrsanbindungthal.ch